

CETA in der EU-ratifizierten Fassung – kritische Gutachten, Studien und Stellungnahmen nach den CETA-Ergänzungen von Ende Okt. 2016:

Die folgende Liste beruht auf Mailverkehr des Heidelberger Bündnisses für gerechten Welthandel sowie auf Internetrecherche. Die Liste ist nicht vollständig – Ergänzungen sind willkommen!

1. Wissenschaftliche Gutachten:

a) Kurzgutachten „Kurzbewertung der Gemeinsamen Auslegungserklärung zum CETA insbesondere mit Blick auf den Investitionsschutz“ von **Prof. M. Krajewski**,
https://www.gruenebundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/EUUSA_Freihandelsabkommen/Kurzbewertung_der_Gemeinsamen_Auslegungserklärung_zum_CETA.pdf (Oktober 2016)
Ergebnis: Die Zusatzerklärungen von Ende Oktober 2016 vor der Brüsseler CETA-Unterzeichnung haben wenig bis keine Wirkung.

b) Der Staats- und **Europarechtler Prof. Nettesheim** am 26.6.2017, „Umfassende Freihandelsabkommen und Grundgesetz - Verfassungsrechtliche Grundlagen der Zustimmung zu CETA“, auf der Webseite:
https://www.foodwatch.org/uploads/media/Nettesheim_Studie_CETA-Grundgesetz_25Juni2017.pdf
Dieses Nettesheim-Gutachten ist erwähnt auf der Seite von Mehr Demokratie,
<https://www.mehr-demokratie.de/themen/stop-ttip-ceta-und-co/ceta-im-bundesrat-stoppen/>

c) **Center for International Environmental Law**, Washington, D.C.: Vier-teilige Serie zum Thema: „CETA Threatens EU Member States“, März 2018
<https://www.ciel.org/reports/ceta-threatens-eu-member-states-ability-protect-public-interest-four-case-studies/>

d) Studie von **Prof. Konrad Lachmayer** von Mai 2018 (68 Seiten) mit dem Titel: RECHTSVERGLEICHENDE ANALYSE DES SCHUTZES VON EIGENTUM ZWISCHEN MENSCHENRECHTSSCHUTZ UND INVESTITIONSSCHUTZRECHT, herunterzuladen über:
https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Ceta_Studie_Mai_2018.pdf

Die Lachmayer-Studie wird beschrieben auf:
https://www.arbeiterkammer.at/service/studien/eu/Ausmass_der_Investorenprivilegien_in_CETA.html sowie auf:
<https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaftundverteilungsgerechtigkeit/CETA.html> und auf: <https://awblog.at/was-gegen-ceta-spricht/> Und:
https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180612_OT0135/gutachten-von-prof-lachmayer-zeigt-ceta-bevorzugt-internationale-konzerne

2. Studien und Stellungnahmen der CETA-kritischen NGO's:

- Attac+Campact+PowerShift+CEO, „Der große CETA-Schwindel“, Dez. 2016

https://corporateurope.org/sites/default/files/attachments/der_grosse_ceta_schwindel.pdf

Verbraucherzentrale Bundesverband, <https://www.vzbv.de/pressemitteilung/ceta-verbessert-aber-nicht-zustimmungsfahig>

DGB, <http://taz.de/static/pdf/2016-12-06-DGB-Bewertung-CETA-und-Zusatzerklaerungen.pdf>, der kritisierte, dass die versprochene Krajewski-Schutzklausel, https://www.epsu.org/sites/default/files/article/files/Study%20M%20Krajewski_Model%20clauses%20for%20the%20exclusion%20of%20public%20services_2016.pdf, nicht in CETA übernommen wurde.

Campact im Nov. 2017: <https://www.campact.de/ceta/Nov.17>

Das bundesweite **Netzwerk Gerechter Welthandel** forderte die SPD mit einem offenen Brief von Feb. 2018 auf, CETA auch bei Abschluss einer großen Koalition nicht zu ratifizieren: <https://www.gerechter-welthandel.org/2018/02/02/offener-brief-spd/>
Die wesentlichen Gefahren von CETA werden darin eindringlich geschildert.

Lobbycontrol im Feb. 2018:

<https://www.lobbycontrol.de/2018/02/ceta-wir-fordern-umfassende-transparenz-bei-der-anwendung/>

Foodwatch im Juni 2018:

<https://www.foodwatch.org/de/informieren/freihandelsabkommen/aktuelle-nachrichten/19.2.18>

Argumentationspapier des Umweltschutzverbandes „**Naturfreunde Deutschlands**“ zum CETA-Abkommen:

Anlässlich des CETA-Aktionstages am 29.9.2018 haben die Naturfreunde Deutschland ein Argumentationspapier erstellt, das den aktuellen Stand des Ratifizierungsverfahren sowie die wichtigsten Kritikpunkte zusammenfasst.

Download (4 Seiten, Juli 2018)

Weitere Infos der Naturfreunde zu CETA und dem CETA-Aktionstag unter

<https://www.naturfreunde.de/CETA-Aktionstag>

3. Mit den Hintergründen und Auswirkungen der neoliberalen Freihandelsordnung beschäftigen sich **drei weitere juristische Stellungnahmen**; jeweils nicht direkt auf CETA gemünzt, aber **hinsichtlich der Einschränkung demokratischer Grundsätze** auf CETA anwendbar:

a) **Siegfried Broß, Richter am BVerG a.D., Richter am BGH a.D.:**
Das Krankenhaus – ein kommerzieller Wirtschaftsbetrieb?

Festvortrag auf dem 17. Bundeskongress des Bundesverband Deutscher Pathologen e.V. am 23. September 2017 in Berlin, aufrufbar über:

<http://berliner-wassertisch.info/20170923-bross/>

Am Beispiel des öffentlichen Gesundheitswesens trägt Broß eine kenntnisreiche, mit vielen Quellen unterlegte Kritik an der Privatisierung und Deregulierung öffentlicher Dienstleistungen vor. Ein kleiner Auszug:

„Die Vertiefung der europäischen Integration hat einen Privatisierungsdruck für die Mitgliedstaaten in den Bereichen der öffentlichen Infrastruktur erzeugt (Einzelheiten hierzu bei Broß, [Privatisierung staatlicher Infrastrukturbereiche in der „sozialen Demokratie“](#), Schriften der Hans-Böckler-Stiftung Bd. 84, 2015 (pdf); ders., *Der Umbau mehr oder weniger existenzieller Infrastrukturen, insbesondere der sozialen Sicherung, als Demokratieproblem*, in: Hochhuth (Hrsg.), *Rückzug des Staates und Freiheit des Einzelnen*, Wissenschaftliche Abhandlungen und Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte, Bd. 69, Berlin 2012, S. 9 ff.). Es muss nachdenklich stimmen, dass der schrankenlose, geradezu ungezügelter Wettbewerb zunächst zu einem zentralen „Staatsziel“ der europäischen Integration erhöht wurde. Ohne dass dies thematisiert oder in irgendeiner Weise deutlich wahrnehmbar gekennzeichnet worden wäre, wurde auf diese schleichende Weise eine neue Werteordnung geschaffen.“

b) Die Sondergerichtsbarkeit in Gestalt eines Investitionsgerichtshofs wird vom Deutschen Richterbund in einer Stellungnahme von Nov. 2017 abgelehnt:

http://www.drj.de/fileadmin/docs/Stellungnahmen/2017/DRB_171030_Stn_Nr_21_Multilateral_Investment_Court_MIC_.pdf

Darin heißt es: „Der Deutsche Richterbund fordert Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung auf, der Europäischen Kommission das geforderte Mandat für Verhandlungen zur Errichtung eines Multinationalen Investitionsgerichts (MIC) zu verweigern. Internationaler Investorenschutz bedarf klarer materiell-rechtlicher Vorgaben, die bisher fehlen. Der von der Europäischen Kommission angestrebte Weg, ein multinationales Gericht zu schaffen, welches sich sein anwendbares Recht selbst schaffen kann, ist der falsche Weg.“

Die Stellungnahme betrifft generell die von der EU-Kommission geplanten Handelsabkommen und damit auch CETA.

c) Kritisch zu den Investor-State-Settlement-Disputes (ISDS) äußerte sich der langjährige US-amerikanische Schiedsrichter **George Kahale III** in einem Vortrag von April 2018 an der Brooklyn Law School. Hierzu soll in 2018 ein wissenschaftlicher Artikel in der Zeitschrift „Transnational Dispute Management“ erscheinen, der bereits im Internet aufrufbar ist:

<https://www.brooklaw.edu/newsandevents/events/2018/-/media/7A2596381496421EB227C80DEE082D42.ashx>

Mr. Kahale ist selbst tief verflochten mit dem ISDS-System. Hier spricht ein Insider mit deutlich anderer Sichtweise als die NGO's. Auf der deutschen Freihandels-kritischen Webseite von Norbert Häring:

<http://norberthaering.de/de/27-german/news/998-investorentribunale-ka hale>

gibt es eine Zusammenfassung. Häring scheint eine Internet-Plattform zu Geld und Finanzen zu betreiben; seine allgemeine politische Ausrichtung ist mir nicht bekannt. Er wird bzgl. des Kahale-Artikels von den „Nachdenkseiten“ des Albrecht Müller zitiert:

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=45151#h06>

Häring hat sich gemäß seiner Internetseite

[http://norberthaering.de/de/investorenschutz-ttip-ceta?layout=list&types\[0\]=1&tag_list_language_filter=de-DE](http://norberthaering.de/de/investorenschutz-ttip-ceta?layout=list&types[0]=1&tag_list_language_filter=de-DE)

schon häufig Freihandels-kritisch geäußert.

Die Ankündigung der Brooklyn Law School zu dem Kahale-Vortrag findet sich hier:

<https://www.brooklaw.edu/newsandevents/events/2018/04-03-2018a>

Ob der Kahale-Artikel im Brooklyn Journal of International Law erscheinen wird, wie Häring meint, kann ich den amerikanischen Seiten nicht entnehmen.

4. EXKURS ZUR WASSERWIRTSCHAFT:

Hier bietet das im Sommer 2017 publik gemachte, **japanisch-europäische Freihandels- und Investitionsschutzabkommen JEFTA** ein Beispiel, wie die EU-Kommission

- a) erneut neoliberale Regelungsgehalte festgeschrieben hat, die die Kommission zuvor im Falle von CETA – aufgrund des öffentlichen Drucks!! - aus dem CETA-Entwurf herausgenommen hatte;
- b) wieder mehrjährig, nämlich seit 2013, ohne Bekanntgabe an die Öffentlichkeit verhandelte.

Die **Bundesverbände der Wasserwirtschaft** haben sich gegen die betreffenden JEFTA-Regelungen gestellt, jedoch bisher keine große öffentliche Aufmerksamkeit erzielen können:

https://www.bdew.de/media/documents/Stn_20180525_Positionspapier-Wirtschaftsabkommen-EU-Japan.pdf

und <https://www.bdew.de/service/stellungnahmen/positionspapier-wirtschaftsabkommen-zwischen-der-eu-und-japan/>

sowie

https://aoew.de/media/Publikationen/Stellungnahmen/2018/AoeW_Stellungnahme_EU_Japan_Abkommen_2018-05-14_final.pdf und <https://aoew.de/pages/wer-sind-wir/geschaeftsstelle.php>

Eine Campact-Online-Petition „Wasser retten – JEFTA stoppen“ von Juni 2018 haben inzwischen fast 600.000 Menschen unterzeichnet.

<https://www.campact.de/wasser-jefta/>

Ziel der Petition war, ein Nein der GroKo-Regierungspartei SPD zur schnellen Vertragsunterzeichnung durch den CDU-Wirtschaftsminister Altmaier (bei der EU-Ministerratsentscheidung vom 11.7.2018 in Brüssel) zu erreichen. Campact hat die SPD vor der Kabinettsitzung von Anfang Juli auf die bereits damals vorliegenden 300.000 Unterschriften hingewiesen – ohne Erfolg bei der SPD und ohne nennenswerte mediale Resonanz.

5. Weiteres aktuelles Material betreffend die Freihandelspolitik der EU-Kommission und die Ziele eines gerechten Welthandels gibt die Seite:

<https://www.gerechter-welthandel.org/material/>

wobei das Material weniger CETA als andere Freihandels- und Investitionsschutzabkommen betrifft.

Nützlich und aktuell auch: <https://freihandelpressespiegel.com/category/ceta/>